

# Der Krach nach dem strahlenden Ja

Befürworter der neuen Energiestrategie sind in der Pflicht – die Unwägbarkeiten sind gross

Von Beni Gafner, Bern

Am Tag eins nach dem überzeugenden Ja des Stimmvolks zum Energiegesetz ging der Krach schon los. Wie konkret soll es nun weitergehen in Sachen Umsetzung der Energiestrategie 2050? Die unterlegene Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala giftelte schon mal auf Vorrat, «zum charmanten Lächeln müssen nun Antworten kommen. Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit.» Doch neben solchem, das wohl unter dem Titel «keifende Verliererin» abgehandelt werden kann, gesellen sich ernsthafte Probleme, denen sich die Gewinnerparteien und ihre Vertreter anzunehmen haben.

Auffällig: Die Stromriesen Axpo und Alpiq drängten gestern auf Sofortmassnahmen, um die Wasserkraft in der Schweiz zu erhalten – obwohl die Abstimmungssiegerin, Energieministerin Doris Leuthard (CVP), erst am Sonntag noch zur Ruhe gemahnt und vor übereilten Entscheiden gewarnt hatte. Sie unterstrich dabei doppelt, es seien seitens der Energiewirtschaft nun keine Schnellschüsse vorzunehmen. Die wichtigsten Streitpunkte der nahen Zukunft betreffen die Wasserkraft und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit zur Winterzeit, wenn der Atomstrom sukzessive weniger wird.

Von Betreiberseite Wasserkraftwerke wurde gestern angedeutet, die fünfjährige Frist mit jährlichen Zusatzsubventionen von 120 Millionen Franken sei zu kurz. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich die Energieunternehmen im Bereich der Wasserkraft in einem zunehmend stärker subventionierten Umfeld «kompetitiv» trimmen sollen, wie dies Bundespräsidentin Doris Leuthard fordert. Was sie damit meint: In etwa fünf Jahren sollen die Wasserkraftwerke international so wettbewerbsfähig sein, dass sie sich in einem europaweit liberalisierten Marktumfeld bewähren können. Die Übung erinnert an die eines Schwimmers, der in seinen Wettkampfvorbereitungen alles tun darf – nur eines nicht: ins Wasser springen.

## Swissmem sagt Nein

Nein zu mehr Subventionen für die Wasserkraft sagen demgegenüber jene Wirtschaftsverbände, die sich gegen das Energiegesetz engagiert hatten. Sie fordern stattdessen, den Strommarkt möglichst zügig und endlich ganz zu liberalisieren. Vorgesehen ist die Strommarktliberalisierung für alle Kunden, also auch die Privat- und Kleinkunden aus dem Gewerbe, eigentlich schon seit Jahren. Seit 2009 ist der Markt lediglich für Grosskunden liberalisiert.

Versprochen wurde damals, dass fünf Jahre nach den Grosskunden der Markt auch für Private und Kleinkunden geöffnet werde. Doch daraus wurde

nichts. Wäre dies anders, würden Kleinkunden heute weniger für Strom zahlen. Die Kräfte, die dagegen wirkten und wirken, sind stark – auf der politischen Ebene, aber auch von Betreiberseite her. Politisch wehren sich vorab Linke und Grüne im Verbund mit Gewerkschaften mit Zähnen und Klauen gegen die Marktöffnung. In der letzten Vernehmlassung zu diesem Thema von Herbst 2014 hagelte es derart starke Kritik, dass das Thema auf die lange Bank geschoben wurde. Am Sonntag stellte Leuthard die Gleichung auf: «Ohne Rahmenabkommen mit der EU kein Stromabkommen. Und ohne Stromabkommen keine Marktöffnung.»

Klar ist aber, dass Leuthard ein Stromabkommen mit der EU befürwortet und ein solches bis in einigen Jahren in Kraft sehen will. Ein Abkommen soll gemäss Befürworterseite unter anderem eine bessere Versorgungssicherheit zur Winterzeit mit sich bringen. Die Strommarktliberalisierung ist für Doris Leuthard eine Art Zückerchen an die EU, um an ein Stromabkommen zu kommen. Mit einem solchen dürften EU-Stromkonzerne in die Schweiz verkaufen, was natürlich auch umgekehrt gälte. Doch dies bedingt von Schweizer Seite konkurrenzfähige Preise – will heissen gegenüber heute klar tiefere.

## Krach um Höhe des Wasserzinses

Das Stromabkommen mit der EU liegt derzeit auf Eis. Die Schweiz hat gemäss Vorgabe aus Brüssel zuerst über das Rahmenabkommen zu entscheiden (Stichwort «fremde Richter»), bevor sie zum EU-Strommarkt zugelassen wird. Der Ausgang dieser innenpolitischen Diskussion ist offen, die «erfolgreiche Umsetzung der Energiestrategie 2050» kommt damit ebenfalls wieder auf die Traktandenliste.

Der nächste Krach aber, er wird von einem Machtkampf zwischen Marktöffnern, Kraftwerkbetreibern und Bergregionen gekennzeichnet sein. Es geht dabei um die Höhe des Wasserzinses. Alle Wasserkraftwerke, die nicht weniger als 1000 Kilowatt Bruttoleistung produzieren, haben eine Abgabe auf die Ressource Wasser zu leisten. Die sechs Kantone mit der grössten Wasserkraftproduktion sind Aargau, Bern, Graubünden, Tessin, Uri und Wallis. Sie erbringen zusammen vier Fünftel der gesamten Wasserkraftproduktion, Graubünden und Wallis allein gegen die Hälfte. Der Bundesrat wird noch vor den Sommerferien die Neuregelung der Wasserzinsen vorlegen. Die heutige Regelung läuft Ende 2019 aus. Heute zahlen die Betreiber der Kraftwerke 550 Millionen Franken an die Standortkantone. Was für Gebirgskantone und -gemeinden zentraler Einnahmenfaktor ist, ist für die Betreiber ein immenser Kostenfaktor. Der Ausgang dieses Ringens ist offen.



550 Millionen Franken Abgabe. Für die Gebirgskantone (hier das Kraftwerk Zervreila in Vals) sind die Wasserzinsen ein zentraler Einnahmenfaktor. Foto Keystone

## Hilfsmassnahmen stossen auf Widerstand

Bern. Die Wasserkraftwerke, die in der Energiestrategie eine Schlüsselrolle spielen, kämpfen mit finanziellen Problemen. Die Energiekommission des Nationalrates will rasch handeln. Sie schlägt vor, kommende Woche Massnahmen zur Unterstützung der Wasserkraft ins Gesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze einzubauen. Verbraucher in der Grundversorgung sollen nur noch Strom aus Wasserkraft erhalten. Für die Werke wäre das eine Abnahmegarantie, finanziert von den Haushalten und den KMU.

Den Vorschlag hatten Stromkonzerne und Kantone in die Kommission einge-

bracht, eine Vernehmlassung gab es dazu nicht. Energieministerin Doris Leuthard warnte am Sonntag vor Schnellschüssen. Aus ihrer Sicht besteht keine Dringlichkeit, zumal das revidierte Energiegesetz für die nächsten fünf Jahre Unterstützung für die Wasserkraft vorsieht. Auch im Nationalrat könnte der Vorschlag der Kommission auf Ablehnung stossen. Die FDP-Fraktion beschloss am Freitag, dem Rat eine Teilung der Vorlage zu beantragen. Die Massnahmen zur Unterstützung der Wasserkraft sollen ausgliedert und später behandelt werden, damit das Modell sorgfältig geprüft werden kann. SDA

## Kommission gegen fixe Quote

Abstriche bei Entwicklungshilfe

Bern. Das Parlament hat 2011 beschlossen, die Mittel für die Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Davon will die Finanzkommission des Nationalrates (FK) nun abrücken. Sie will den Bund beauftragen, dem Parlament künftig die Höhe der Entwicklungshilfefelder ohne Anlehnung an die BNE-Quote zu unterbreiten. Der Bundesrat soll sich vielmehr am Zustand der Bundesfinanzen orientieren. Mit 13 zu 11 Stimmen beschloss die FK eine entsprechende Kommissionsmotion, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Die Mehrheit argumentierte, der Bundesrat habe sich in den letzten Jahren bei der Festlegung der Kredite an der Zielgrösse von 0,5 Prozent orientiert. Da in den nächsten Jahren Defizite erwartet würden, sei es angebracht, die fixe Quote abzuschaffen.

Kürzungen bei der Entwicklungshilfe stehen bei Sparmassnahmen stets zur Debatte, weil diese ohne Gesetzesänderungen erfolgen können. Zum Stabilisierungsprogramm, welches das Parlament im März verabschiedet hat, musste die Entwicklungshilfe einen erheblichen Teil beitragen. 2016 gab die Schweiz insgesamt 3,51 Milliarden Franken für Entwicklungshilfe aus. Das entsprach 0,54 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Darin eingerechnet sind allerdings auch Asylkosten. SDA

## Post verschickt gratis Marken

Einigung mit Preisüberwacher

Bern. Die Schweizerische Post verschickt zwischen dem 29. Mai und 2. Juni allen rund vier Millionen Haushalten zwei Gratisbriefmarken, wie sie gestern mitteilte. Die Aktion ist Teil einer Einigung mit dem Preisüberwacher. Die beiden Parteien hatten sich im Juli 2016 auf ein Massnahmenpaket im Umfang von 10 bis 12 Millionen Franken zugunsten der Kunden geeinigt. Der Gesamtwert der Gratisbriefmarken beträgt rund 8 Millionen Franken. Aufgrund dieser Abmachung blieben auch die Preise für A- und B-Post-Briefe im Inland, die zuletzt im Jahr 2004 erhöht worden waren, wie auch die Preise für Inlandpakete stabil. Das Preismoratorium wurde bis Ende 2017 verlängert.

Zur Einigung gehört ebenfalls, dass die SMS-Briefmarke seit dem 1. Januar einen Franken kostet, gleich viel wie eine normale Briefmarke und 20 Rappen weniger als bisher. Preisüberwacher Stefan Meierhans stellte im vergangenen Jahr neben anderen Themen die Preise der Post in den Mittelpunkt. Damit wolle er Konsumenten und kommerzielle Nachfrager vor allem vor überhöhten Preisen schützen. SDA

ANZEIGE

ICONIC

THE NAVITIMER

SINCE 1952

CHRONOMETRIE  
SPINLER & SCHWEIZER

Am Marktplatz 11 · 4001 Basel

BREITLING  
1884